



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.bs.ch/regierungsrat

E-Mail: wp-sekretariat@seco.admin.ch

Staatsekretariat für Wirtschaft SECO
Holzikofenweg 36
3003 Bern

Basel, 9. Dezember 2025

Regierungsratsbeschluss vom 9. Dezember 2025

Parlamentarische Initiative «Klare Spielregeln für Bundesunternehmen im Wettbewerb mit Privaten» (23.462), WAK-N; Vernehmlassung; Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 16. September 2025 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur parlamentarischen Initiative «Klare Spielregeln für Bundesunternehmen im Wettbewerb mit Privaten» (23.462), WAK-N zukommen lassen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit und lassen Ihnen nachstehend unsere Stellungnahme zukommen.

Der Regierungsrat begrüßt die laufende Digitalisierung und Transformation der Schweizerischen Post. Diese Entwicklung ist entscheidend, damit die Post ihre volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Rolle auch in Zukunft wahrnehmen kann. Für den Kanton Basel-Stadt als wichtigen Wirtschafts- und Innovationsstandort ist eine moderne, zuverlässige und digital vernetzte Postinfrastruktur von grosser Bedeutung.

Das Anliegen der parlamentarischen Initiative, faire Wettbewerbsbedingungen zwischen Bundesunternehmen und privaten Anbietern zu schaffen, wird grundsätzlich gewürdigt. Der Regierungsrat sieht die vorgeschlagenen Massnahmen jedoch kritisch, da eine zusätzliche Regulierung die unternehmerische Flexibilität und Innovationskraft der Post im laufenden Transformationsprozess einschränkt. Bereits heute bestehen wirksame Mechanismen, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden: Zum Beispiel durch Transparenzvorschriften, die Aufsicht des Bundesamts für Kommunikation (BAKOM) sowie durch die regelmässige Überprüfung des Leistungsauftrags durch den Bundesrat. Diese Instrumente gewährleisten, dass die Post im Wettbewerb mit privaten Anbietern verantwortungsvoll und gesetzeskonform agiert.

Die vom Bundesrat am 13. August 2025 angekündigte Revision der Postgesetzgebung bietet den geeigneten Rahmen, um die aufgeworfenen Fragen der parlamentarischen Initiative zu behandeln und die grundsätzlichen Aufgaben, den Leistungsauftrag und die strategische Ausrichtung der Schweizerischen Post festzulegen.

Der Regierungsrat unterstützt daher den Antrag der Minderheit der WAK-N, wonach die Arbeiten bis zum Abschluss der angekündigten Revision der Postgesetzgebung sistiert werden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme. Für Rückfragen steht Ihnen gerne das Amt für Wirtschaft und Arbeit, Katja Jenni (katalin.jenni@bs.ch; Tel. 061 267 81 01) zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin